

Zufriedene Kinder brauchen zufriedene Mütter – und zufriedene Väter

Warschau – Am 13. Oktober 2010 lud die Friedrich-Ebert-Stiftung Politikinteressierte ins Konferenzzentrum Zielna zum „Klub Polityczny“. Zu Gast war Dr. Christine Bergmann, Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, und diskutierte mit den Teilnehmern zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Moderiert wurde die Diskussion von Katarzyna Kaździela, ehemalige Assistentin der Ombudsfrau für die Gleichstellung von Mann und Frau, Izabela Jaruga-Nowacka.

„Wie können die wechselseitigen Anforderungen von Familie und Beruf miteinander in Einklang gebracht werden?“ Die Beantwortung dieser Frage sei, so Knut Dethlefsen, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, in seiner Begrüßungsrede, eine Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Zu Beginn stellte Katarzyna



Kaździela die Bedeutung des Themas für Polen heraus. In der polnischen Gesellschaft sei noch immer ein traditionelles Rollenverständnis verbreitet, nach dem die Kindererziehung vowiegend Aufgabe der Frauen sei. Darüber hinaus stünden viele polnische Frauen vor der Aufgabe, sich um die Pflege ihrer Eltern zu kümmern. Zwischen Kindererziehung und Pflege der Eltern gebe es für die vielen gut ausgebildeten Polinnen oftmals nur ein sehr kleines Zeitfenster, in dem sie sich beruflichen Zielen widmen können.

Christine Bergmann machte daraufhin deutlich, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf keinesfalls ein reines Frauenthema sei. Es sei genauso ein Thema für die Väter. Letztere wünschten sich zudem immer häufiger, mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können. Die zunehmende Nutzung des Elterngeldes – eingeführt von der großen Koalition - durch Väter mache dies deutlich. Daher müssten vor allem in der Kinderbetreuung Strukturen geschaffen werden, die es Männern wie Frauen ermöglichen, berufstätig zu sein *und* Zeit für Familie zu haben. Für die Kinder selbst, so Bergmann, sei eine Ganztagsbetreuung auch in jungen Jahren kein Problem. „Geregelte Kinderbetreuung sorgt für zufriedene Eltern. Und diese sind die Voraussetzung für zufriedene Kinder.“

Gerade Deutschland befinde sich in einer interessanten Lage, da hier seit der Wiedervereinigung zwei unterschiedliche Vorstellungen von staatlich geregelter Kinderbetreuung aufeinanderträfen. Diese Unterschiede seien auch heute noch spürbar. Während es im Osten Deutschlands für rund 40 Prozent der unter Dreijährigen ein ganztägiges Betreuungsangebot gebe, sei dies im Westen nur für 10 Prozent der Fall. Positiv sei zumindest, dass ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen solchen Kita-Platz bestehe, da eine staatlich garantierte Kinderbetreuung „die wichtigste Säule für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstelle“, so Bergmann.

Derartige Entwicklungen seien in Polen leider nicht zu beobachten, so Kądziała. Zwar gebe es auch hier für Väter die Möglichkeit des Erziehungsurlaubs, allerdings mache hiervon nur ein verschwindend geringer Anteil Gebrauch. Auch sei – insbesondere in konservativen Kreisen – die Meinung vorherrschend, wer sein Kind in die Kita gebe, sei keine gute Mutter. Diese Haltung zeige sich gerade bei den konservativen Parteien in der mangelnden Unterstützung für den Ausbau von Betreuungsangeboten. Mehr als die Hälfte der polnischen Kommunen könne daher keine Kita-Plätze anbieten.



Die Situation sei in Deutschland zwar eine andere, jedoch gab Christine Bergmann zu bedenken, dass man zwischen Ost und West unterscheiden müsse. So waren in der DDR nahezu 100 Prozent der Frauen berufstätig. Bei den Männern sei dies durchaus akzeptiert gewesen, zumal es sich auch um eine ökonomische Notwendigkeit gehandelt habe.

„Die damals erworbene Selbstständigkeit lassen sich ostdeutsche Frauen auch heute nicht mehr nehmen“, so Bergmann. Im Westen Deutschlands hingegen sei die traditionelle ‚Hausfrau‘ noch weit häufiger anzutreffen.

In der anschließenden Diskussion brachten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer persönliche Erfahrungen mit ein und wiesen auf weitere Aspekte der polnischen Debatte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin. Demnach dürfe in Bezug auf Polen die Rolle der Katholischen Kirche nicht unterschätzt werden, die eher ein traditionelles Frauenbild vertrete. Zudem seien in Polen nach 1989 zahlreiche Betreuungseinrichtungen für Kinder privatisiert worden. Daher seien heute Kinderbetreuungsplätze in Polen sowohl rar als auch teuer. Eine alleinerziehende Mutter müsste hierfür fast ihren gesamten Monatslohn aufwenden. Damit entstehe eine paradoxe Situation, da die Kinderbetreuung gerade für diejenigen unerschwinglich werde, die sie am dringendsten benötigten.

Christine Bergmann wertete das polnische Beispiel als Argument gegen eine Privatisierung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Bereitstellung von Betreuungsangeboten gehöre in den Bereich „öffentlicher Verantwortung“, der Staat dürfe sich hier nicht zurückziehen. Schließlich habe die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch Auswirkungen auf die demographische Entwicklung. Doch gerade in diesem Bereich sei die Steuerungsfähigkeit des Staates äußerst begrenzt. Letztlich scheinen vor allem strukturelle Investitionen – beispielsweise in Kita-Plätze – vonnöten zu sein, um Familie und Beruf miteinander in Einklang bringen zu können. „Die Lösung gesellschaftspolitische Fragen“, so Christina Bergmann am Ende der Diskussionsrunde, „besteht aus dem Bohren dicker Bretter. Letztlich ist jedoch nur eines wichtig: Am Ende kommt man durch.“